



Bericht vom 3. Dialogtreffen der Bünde auf Gut Steimke am 14./15. Juni 2014

Kay Schweigmann-Greve

An den beiden ersten Dialogtreffen hatte ich nicht teilnehmen können, entsprechend gespannt fuhr ich daher zum Dritten. Gut vierzig Teilnehmer aus etwa zwei Dutzend Bünden – die in der Kritik stehenden Bünde waren mit je zwei Personen vertreten, die profilierten Kritiker fehlten. Von der Freischar wurde eine Begründung ihrer Absage verlesen, in der sie mitteilte, im Vorfeld ihres Austritts aus dem Ring junger Bünde diese Diskussion bereits geführt zu haben und nun weder Motivation noch Ressourcen hierfür aufbringen zu wollen. Für einen Kreis von Menschen, die gerade aus Interesse am Ludwigstein ein Wochenende „opferten“, um bei der Klärung von Vorwürfen, die sie selbst ganz überwiegend gar nicht betrafen, keine erfreuliche Mitteilung. Der BdP und der Zugvogel hatten ebenfalls keine Vertreter geschickt. Auch auf die vom Sprecherkreis vor dem Treffen verschickten Fragebögen, auf denen zu besprechende Vorfälle, Fragen oder Kritikpunkte hätten mitgeteilt werden sollen, hatte es keine Reaktion gegeben.

Vor diesem Hintergrund wurde der Vortrag des vom Sprecherkreis eingeladenen Prof. Dr. Roland Eckert, emeritierter Soziologe aus Trier und Jungenschaftler der Fünfzigerjahre, breit diskutiert. Im Zentrum seiner Ausführungen stand die Einordnung unseres Konfliktes um den Zugang zum Ludwigstein in die allgemeine politische Diskussion im Lande. Seine Darstellung des aktuellen „Konflikts um die Einwanderung“ steckte den Rahmen ab, in den die Auseinandersetzung einzuordnen sei. Es wurde deutlich, dass es nicht darum geht, dass eine Gruppe verkappter Nazis sich mit ihren

rückwärtsgewandten Ideen in die Jugendbewegung einschleichen will, sondern, dass es um ein Echo der gegenwärtigen Richtungsauseinandersetzungen um die Zukunft unserer Gesellschaft geht. Es gibt einen realen Konflikt um aktuelle und sich abzeichnende Probleme (z.B. Demografischer Wandel in Deutschland, Flüchtlingsdramen in Afrika und dem Nahen Osten, Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften und Versuch die Arbeitsbedingungen und Sozialstandards durch Einwanderung billigerer Arbeitskräfte abzusenken bzw. erkämpftes zu erhalten), um die beste Regelung darf und muss gestritten werden. Es stehen höchst unterschiedliche Lösungsvorschläge dazu im Raum. Ein Teil dieser Lösungsvorschläge – diejenigen nämlich, die von der „Neuen Rechten“ eingebracht werden – ist dem Vorwurf ausgesetzt, den gesellschaftlichen Wertekonsens, wie er heute besteht, aufheben und an seine Stelle etwas anderes setzen zu wollen. Dieses „Andere“, darin bestand ein Problem auch für unsere Diskussion, ist eben nicht einfach mit den Nationalsozialismus gleichzusetzen. Es fällt Vertretern der „Neuen Rechten“ scheinbar nicht schwer, sich auf die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ verpflichten zu lassen und gleichzeitig ein universalistisches Verständnis von Rechten für alle Menschen aufzukündigen. Grundlage hierfür ist eine weit über Parteipolitik hinausgehende Strategie („Metapolitik“), die unterschiedliche kulturell – völkisch – fundierte Identitäten gegeneinander und gegen universalistische Teilhaberechte ausspielen will. Ob die Vertreter der kritisierten Bünde diese Positionen vertreten, wurde an diesem Wochenende nicht deutlich, wohl aber wurde berichtet, dass

die „Vordenker“ der „Neuen Rechten“ zumindest zum Teil (Karlheinz Weißmann, Dieter Stein, Götz Kubitschek) aus den Gildenschaften der Achtziger- oder Neunzigerjahre hervorgegangen seien. „Dies ist der ideologische Kontext, der Euch zugeschrieben wird“, stellte Eckert gegenüber den Vertretern von Freibund, Gildenschaft und Fahrenden Gesellen klar. In der anschließenden Debatte um die „Quedlinburger Erklärung“, eine Resolution, in der sich die Gildenschaft 2008 von einem völkischem Nationalismus distanziert habe, war es für die Mehrheit der Anwesenden schwer zu beurteilen, ob sich hier „der CDU-Flügel nur knapp gegen die Völkischen durchgesetzt“ habe (Eckert) und welche Bedeutung dies heute für die Gildenschaften insgesamt und die anwesenden Vertreter persönlich hat.

In der Diskussion wurde sehr deutlich, dass ein wichtiger Bezugspunkt unseres Dialoges den meisten Beteiligten unklar geblieben ist: Was sind die zentralen Thesen und Ziele der „Neuen Rechten“? Was unterscheidet sie von der „Alten Rechten“, vom Nationalsozialismus? Und, für unsere Debatte noch wichtiger: Was unterscheidet sie von einem – legitimen – demokratisch-konservativen Diskurs? Wenn einem diese Punkte nicht klar sind, kann man eine Debatte darüber, wer zu uns gehören soll, nicht wirklich führen!

Es wäre daher für das kommende Dialogtreffen wichtig, diese Informationen zur Verfügung zu stellen. Dabei kann es nicht um ein wochenendfüllendes Seminar zu diesem Thema gehen, wünschenswert wäre jedoch ein prägnantes Referat von ca. 45 Minuten mit noch einmal entsprechender Zeit



für Verständnisfragen und Diskussion. Dies schaffte dann den fachlichen Hintergrund für die Diskussion von z.B. Zitaten von Vertretern der betreffenden Bünde.

Am Sonntag fand dann eine – vielleicht etwas verfrühte – Diskussion über konkrete Zugangsvoraussetzungen für den Ludwigstein statt. Hier brachten auch die Fahrenden Gesellen einen Textvorschlag ein, der versuchte, eine angemessene Haltung bündischer Besucher auf der Burg zu beschreiben und der in die dort beschlossene „Steimker Erklärung“ mit einging. Wesentliche Anforderungen, neben der Bezugnahme auf die allgemeinen Menschenrechte, wie sie im Grundrechtsteil unserer Verfassung (insbes. Art. 3 GG) formuliert sind, war der Anspruch, anderen Gruppen und Besuchern mit Respekt und Wertschätzung entgegenzutreten und die Forderung nach Trans-

parenz der Gruppen für andere (wie heißt eine Gruppe, wer ist bei Jugendlichen der verantwortliche Ansprechpartner). In der Diskussion spielte außerdem die Frage der Verantwortung der Bünde für einzelne Mitglieder eine wichtige Rolle. Angesichts der vorangegangenen Debatte wurde ein Satz aufgenommen, der eine Distanzierung von dem zuvor in Ansätzen dargestellten Konzept eines „Ethnopluralismus“ zum Ausdruck bringen soll: Völker und Nationen konstituieren sich als primär kulturelle Konstrukte nicht allein über die Abstammung ihrer Mitglieder, ihre jeweiligen Eigenschaften sind historisch bedingt und wandelbar und unterliegen insbesondere in einer globalisierten Welt einer ständigen wechselseitigen Beeinflussung. Auch nach innen sind sie vielgestaltig und differenziert, auch nach innen wird ein Anspruch auf Homogenität der Mitglieder ab-

gelehnt. Obwohl in der Erklärung kürzer gefasst als hier dargelegt, bekommen die Begriffe Volk und Nation hierdurch einen Raum, der ihnen in der tatsächlichen Arbeit jugendbewegter Gruppen nicht zukommt. Insoweit handelt es sich bei der „Steimker Erklärung“ um die Dokumentation eines Diskussionsergebnisses. Da sie am Ende einstimmig, auch von den kritisierten Bünden, angenommen wurde, ist sie jedoch ein erstes gehaltvolles Zwischenergebnis im Prozess der Selbstverständigung der Bünde über die Grundlagen ihrer Arbeit. Sie ist ein Maßstab, an dem sich alle Beteiligten nun messen lassen müssen.

Kay Schweigmann-Greve, SJD Die Falken Hannover, für die Kulturinitiative Lebendig Leben Teilnehmer am Dialog der Bünde